

## GLP Neues Co-Präsidium

Stefan Huber und Tabea Estermann kommen ans Ruder

An ihrer digital durchgeführten Mitgliederversammlung am 2. November 2020 haben die Grünliberalen des Kantons Zug mit Tabea Estermann und Stefan Werner Huber ein neues Co-Präsidium gewählt, das ab 1. Januar 2021 die Kantonalpartei führen wird.

**Kanton** Stefan Werner Huber (34) arbeitet als Lehrer für Informatik und Naturwissenschaften. Stefan Huber trat 2010 der GLP bei und ist Mitglied des Kantonalvorstandes. Seit 2016 politisiert er im Grossen Gemeinderat der Stadt Zug, wo er seit 2019 die grünliberale Fraktion anführt. Als engagierter Parlamentarier setzt er sich für mehr Transparenz, Nachhaltigkeit und Fairness in der Stadtpolitik ein.

### Tabea Estermann

Tabea Estermann (27) arbeitet als Wirtschaftsprüferin bei Pricewaterhouse Coopers AG in Zug. Tabea



Tabea Estermann (27) und Stefan Huber (34) bilden das neue Co-Präsidium der Grün Liberalen des Kantons Zug.



amtiert bei den Jungen Grünliberalen Zug seit deren Gründung im Mai 2019 als Co-Präsidentin. Sie hat massgeblich zum Aufbau der Jungpartei beigetragen, die ein fester Bestandteil der Zuger Jungpolitik geworden ist. In der Rolle hat sie sich unter anderem für eine Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten und für mehr Transparenz in der

Politik eingesetzt. Im Zuge der Übernahme des Co-Präsidiums der GLP Kanton Zug tritt sie von Ihrer Rolle in der Jungpartei zurück. Weiter wurden drei neue Ortsgruppen-Präsidenten gewählt: Für Oberägeri Patrick Rubach, für Steinhausen Michael Durrer und für die Stadt Zug Daniel Ritter.

PD/DK

## «Corona Steuerbeschluss nein»

Allianz für ein solidarisches Zug sammelte Unterschriften gegen Steuersenkung

Am 2. November 2020 um 16.45 Uhr hat die Allianz für ein solidarisches Zug, bestehend aus ALG, SP, Juso, Junge Alternative, CSP und Zuger Gewerkschaftsbund, der Staatskanzlei rund 2500 Unterschriften gegen die als Corona-Stützmassnahme verkappte Steuersenkung überreicht. Nun können die Stimmberechtigten entscheiden.

**Kanton** Wir sind mitten in der zweiten Corona-Welle. Sie zeigt es deutlich: Die Krise ist noch längst nicht ausgestanden. «Mit dem Referendum geben wir der Bevölkerung die Möglichkeit, nicht vorschnell Steuern zu senken, wenn wir die wirtschaftlichen Folgen von Corona auf Kanton und Gemeinden noch gar nicht kennen» betont SP-Präsidentin Barbara Gysel. Andreas Lustenberger von der ALG streicht hervor: «Die Vermögenden und internationalen Unternehmen belohnen, während zahlreiche



Die Allianz für ein solidarisches Zug, sammelt 2500 Unterschriften, die sie am 2. November 2020 der Regierung überreichten.

Betriebe in Gastro-, Tourismus- und Eventbranche vor dem Aus stehen und Pflegepersonal für bessere Arbeitsbedingungen auf die Strasse geht, ist schlichtweg inakzeptabel.»

### Argumente überzeugten

Die Steuersenkung ist keine Corona-Stützmassnahme, sie entzieht Kanton und Gemeinden unnötig

Geld in unsicheren Zeiten, sie begünstigt jene, die es nicht nötig haben und insbesondere Unternehmen, die in der Krise hohe Gewinne machen. Aus diesem Grund sammelte die die Allianz für ein solidarisches Zug, 2500 Unterschriften für ein Referendum. Nun haben die Stimmbürger das letzte Wort.

PD/DK

## Klarstellung der Kirchgemeinden

Karl Huwyler spricht nur für sich

Die Vereinigung der Katholischen Kirchgemeinden des Kantons Zug gibt keine Stellungnahme zur Konzernverantwortungs-Initiative (KOVI) ab. Das Präsidium betont, dass es sich bei den jüngst erschienenen Inseraten des VKKZ-Präsidenten Karl Huwyler um seine persönliche Meinung handelt.

**Kanton** Kürzlich erschien in der Zuger Presse ein persönliches Inserat von Karl Huwyler gegen die KOVI. Darin war unter seinem Namen die Funktion «Präsident der Vereinigung der Katholischen Kirchgemeinden des Kantons Zug» aufgeführt. Das gab zu verschiedenen Reaktionen Anlass, weshalb sich die VKKZ für eine Klarstellung entschied. Auch in einem kürzlichen Interview mit kath.ch, das im Pfarreiblatt und auf der kantonalen Homepage der Kirche publiziert



Das VKKZ-Präsidium: v.l.n.r.: Markus Burri, Marlen Schärer, Margrith Hammer, Melanie Hürlimann und Karl Huwyler.

wurde, äusserte sich der Präsident zur Kovi. Dabei betonte er aber ausdrücklich, dass es sich dabei nicht um eine Abstimmungsempfehlung der Katholischen Kirche Zug handle. Dass bei persönlichen Abstimmungsinserten jeweils Funktionen aufgeführt werden, entspricht der

gängigen Praxis. Dies hat aber in diesem Fall zu unglücklichen Missverständnissen geführt. Im Präsidium der VKKZ wurde deshalb entschieden, dass bei allfälligen zukünftigen Publikationen auf die Funktionsbezeichnung zu verzichten sei.

PD/DK

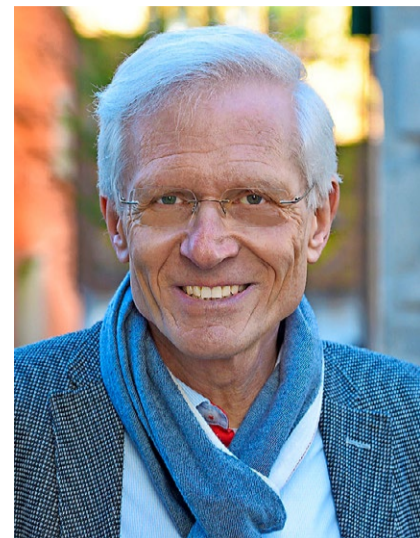
## Radau auf Social Media

Von Daniel Stadlin

Social Media ist eigentlich eine gute Sache. Wäre es nicht auch eine Plattform für Wutbürger und Moralisten, die sich gegenseitig die Köpfe einschlagen. Denn da trifft schwarz auf weiss, links auf rechts. Dazwischen gibt es wenig bis nichts.

**GLP** Äussert sich jemand asylnfreundlich - ist er naiv. Äussert sich jemand asylnkritisch - ist er herzlos. Da wird gewettert, dort wird gewettert, ohne Interesse an Lösungen. Der Streit selbst wird zum Inhalt der Diskussion. Vertiefte Debatten scheinen unmöglich und enden fast immer auf persönlicher Ebene sowie weit weg vom Ursprungsthema. Und mir scheint, als geschähe dies unaufhaltsam.

Trotzdem gehören die Moralisten zu den perfideren Giftverstreuern. Wutbürger sind in ihrer direkten Art auf den Tisch zu hauen, durchschaubarer als Moralisten. Denn diese gehen arglistig ans Werk. Ihre Ansichten und Haltungen predigen sie zumeist stur ideologisch oder sektierisch. In einer unerträglichen Selbstgerechtigkeit suchen sie immer nach jemandem, der etwas vermeintlich moralisch Verwerfliches getan hat und greifen ihn frontal an. Sie sind von vornherein überzeugt, dass sie abschliessend und universell im Recht und deshalb auch berechtigt sind, andere zu diskreditieren. Sie wissen sich selbst stets auf der «richtigen» Seite, indem sie Ideale von Armutsvermeidung, sozialer Gerechtigkeit, Gleich-



Daniel Stadlin, Kantonsrat GLP, Zug. z.V.g.

stellung, intakter Umwelt und so weiter vorschieben, ohne zugleich ihre eigene Haltung kritisch zu hinterfragen.

Sie interessieren sich selten für den Kontext und für die Frage nach der grundsätzlichen Berechtigung dafür, sich anderen moralisch überlegen zu zeigen. Sie bringen ihre Kritiken mit einer Heftigkeit zur Geltung, der jeden Dialog unterbindet. Das ist auch das Ziel ihres Handelns. Also aufgepasst vor der Selbstinszenierung der Moralisten in der Anonymität der sozialen Medien. Wer allzu obsessiv den moralischen Zeigefinger erhebt und sich anmassiert über andere zu urteilen, trägt sicher nichts dazu bei, die soziale Gerechtigkeit und Gleichstellung zu fördern oder die Umwelt und das Klima zu retten.

## Pflegepersonal besser stellen

Von Zari Dzaferi

Es braucht dauerhaft bessere Arbeitsbedingungen und mehr Wertschätzung für das Pflegepersonal.

**SP** Haben Sie sich schon einmal gefragt, wie ihr Alltag aussieht, wenn Sie ihn nicht mehr selbständig bewältigen können? Vielleicht wegen eines Unfalls, einer Krankheit oder einfach nur wegen des gewöhnlichen Alterungsprozesses. Auf jeden Fall brauchen Sie dann Unterstützung. Entweder von Menschen aus Ihrem persönlichen Umfeld oder Menschen aus dem Pflegeberuf. Zahlreiche solcher Pflegenden – praktisch nur Frauen – machten vor der letzten Kantonsratssitzung auf ihre schlechten Arbeitsbedingungen aufmerksam. Ihren Hilferuf hatten diese Spitex-Mitarbeitenden bereits am 14. November 2019 schriftlich eingereicht. Die darin formulierten 15 Forderungen reichen von einer «angemessenen Entschädigung» bis hin zu «genügender Zeit für Patienten». Seither hat sich einiges verändert. Leider nicht zum Guten. Die Corona-Krise hat den Pflegekräften viel abgefordert, nicht nur in der spitalexternen Pflege.

Schon zuvor litten die allermeisten unter den schwierigen Arbeitsbedingungen, doch jetzt sind viele am Limit. Ein Blick in die Zukunft sieht noch düsterer aus. Die OBSAN-Studie zeigt nämlich klar auf, dass die Bevölkerung 65+ (+91.3 %) und die Zahl der Pflegebedürftigen (+85.8 %) bis ins Jahr 2040 deutlich zunehmen und mehr Strukturen und Pflegepersonal erfordern. Bereits in zehn Jahren braucht es schweizweit



Zari Dzaferi, SP Gemeinde- und Kantonsrat, Baar. z.V.g.

über 100'000 Pflegenden – insbesondere in Pflegeheimen und Spitex-Organisationen. Der Hilferuf des Pflegepersonals, die demografische Entwicklung und der enorme Personalbedarf muss die Zuger Politik wachrütteln. Jene im Zuger Parlament, die per Knopfdruck die Petition mit 40:30 Stimmen bodigten und ebenso den Gesundheitsdirektor, der zur Petition kein Wort sagte.

Um möglichst viele Menschen für diese Berufe zu gewinnen und im Berufsstand zu halten, hilft weder Klatschen noch ein Corona-Bonus. Es braucht dauerhaft bessere Arbeitsbedingungen und mehr Wertschätzung. Deshalb hat die SP-Fraktion den Regierungsrat mit einem Vorstoss dazu eingeladen, im Rahmen eines Pflegeprojektes mit allen Beteiligten zusammensitzend und die Arbeitsbedingungen zu verbessern.